

N i e d e r s c h r i f t

**der 8. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 16.06.2005**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:25 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Hans-Jürgen Schiller	PDS	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	PDS	
Herr Dr. Mohamed Yousif	PDS	
Frau Sabine Wolff	NEUES	
FORUM		
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	von 17:15 Uhr bis 18:25 Uhr
Herr Dietmar Weihrich	GRÜNE	
Herr Dr. Christian Fiedler	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	ab 17:35 Uhr
Herr Dr. Carl-Ernst Rürup	SKE	
Herr Lutz Sacher	SKE	
Herr Thomas Wunsch	SKE	
Herr Eberhard Doege		
Frau Uta Balleyer		
Herr Dr. Ernst Müllers		
Frau Rita Lachky		
Herr Wolfgang Hans		
Frau Gudrun Beitz		
Frau Regina Fehse		

Entschuldigt fehlen:

Herr Wolfgang Kupke	CDU
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD
Herr Michael Zeidler	SPD
Herr Heinz Maluch	GRAUE
Frau Sabine Däschler	SKE
Herr Andreas Nowotny	SKE

Gäste:

Frau Chaghouri	GB V zu TOP 4.1
Herr Weiske	GB V zu TOP 4.1

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorlagen
- 4.1. Bericht Lokale Agenda und Gesunde Stadt Halle
5. Anfragen
6. Beantwortung von Anfragen
7. Anregungen
8. Mitteilungen - Information der Unteren Naturschutzbehörde zur Umsetzung der Baumschutzsatzung

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Herr Wehrich, Vorsitzender des Ausschusses, eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Protokoll:

Herr Wehrich bat um Mitteilung über die vorgesehene neonazistische Demonstration am 17.06.05. Diese Information wird beim TOP 8 – Mitteilungen – gegeben.

Ohne förmliche Abstimmung wurde der nachfolgenden Tagesordnung zugestimmt.

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Vorlagen
- 4.1 Bericht Lokale Agenda und Gesunde Stadt Halle
5. Anfragen
6. Beantwortung von Anfragen
7. Anregungen
8. Mitteilungen
 - Information der Unteren Naturschutzbehörde zur Umsetzung der Baumschutzsatzung

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Protokoll:

Herr Dr. Yousif bat um Korrektur des Namens des Händlersprechers, der nicht Feck, sondern **Feick** heißt.

Sodann wurde die Niederschrift ohne förmliche Abstimmung genehmigt.

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 Bericht Lokale Agenda und Gesunde Stadt Halle

Protokoll:

Einleitende Ausführungen wurden von **Frau Chaghouri** gegeben. Dabei führte sie u. a. aus, dass der Bericht ein breites Spektrum des Agendaprozesses beinhalte und verdeutliche, welche immensen Potentiale in Halle vorhanden seien, um eine bürgerorientierte Stadtentwicklung zu erreichen. Es werden Aussagen getroffen z. B. zum Energiecontrolling, zum Klimabündnis bis hin zu Projekten aus der Stadt- und Stadtteilentwicklung.

Herr Dr. Rürup war Mitglied des Initiativkreises „Agenda 21“. Weder zum Initiativkreis noch zum Agendabüro werden im Bericht Aussagen getroffen. Der Initiativkreis habe wegen fehlender Zusammenarbeit mit der Stadt, insbesondere mit der Oberbürgermeisterin, seine Arbeit eingestellt. Da der Agendaprozess die ganze städtische Entwicklung umfasse, habe seinerzeit der Initiativkreis die Erstellung eines Konzeptes gefordert. Die Zielstellung des Initiativkreises erlahmte, so dass die Arbeit bedauerlicherweise im Mai 2004 eingestellt wurde. Das Agendabüro hatte eine koordinierende Funktion und sollte den Prozess initiativreich begleiten. Herr Dr. Rürup wollte wissen, ob das Büro noch existiert. Auf der Seite 40, letzter Absatz, wird von einer nachhaltigen Entwicklung gesprochen. Diese Nachhaltigkeit müsse eindeutiger definiert werden. Des Weiteren müsste ein Teil der Aussagen des letzten Absatzes auf der Seite 40 am Anfang des Berichtes stehen.

Frau Schlüter-Gerboth bestätigte die Aussagen von Dr. Rürup bezüglich des Initiativkreises.

Herr Misch äußerte eingangs, dass es schwierig sei, einen Bericht zu erstellen, der so viel Tätigkeitsbereiche beleuchten soll. Er bemängelte die Ausdrucksweise und brachte dazu einige Beispiele. Er habe die Sinnhaftigkeit des Berichtes nicht richtig erkannt.

Herr Weiske antwortete, dass man versuchen werde, die Formulierung in einem verständlicheren Stil zu bringen.

Frau Chaghouri ergänzte, dass der letzte Mitarbeiter des Agendabüros seine Arbeit zum 31.07.04 eingestellt habe. Somit gäbe es kein Agendabüro mehr. Es gäbe eine Initiative zum Initiativkreis des „Gesunden Städtenetzwerkes“. Dabei gehe es darum, den Agendaprozess mit zu befördern. Es bestehe ein Kontakt mit der Oberbürgermeisterin. Im Sommer diesen Jahres sei eine Ideenkonferenz geplant, zu der Bürgerinnen und Bürger sowie Vertreter der Stadt eingeladen werden. Sie hofft, dass damit der ehemalige Initiativkreis in ähnlicher Form wieder zustande kommt. Die Stadt bemühe sich, Ziele aufzustellen bzw. anzuschieben. Was die Ausdrucksweise betreffe, entschuldigte sie sich und verwies darauf, dass dies in den Dokumenten so formuliert sei, auf die sich der Bericht maßgeblich stütze.

Auch **Frau Wolff** äußerte ihre Verwunderung zur Auflösung des Agendabüros und bezog sich dabei insbesondere auf die Enttäuschung der Umweltverbände und Vereine, die im Reformhaus Halle e.V. sich regelmäßig treffen. Ihr sei nicht so richtig klar, was die verschiedenen Aktivitäten ausschließlich mit der Gesundheit zu tun hätten. Dies müsste im Bericht deutlicher herausgearbeitet werden.

Herr Schiller teilte mit, dass es in Halle 41 Stadtbezirke gäbe, 22 Stadtbezirksinitiativen seien wirksam, davon seien vier eingetragene Vereine. Er bezog sich in seinen Ausführungen des Weiteren auf die Bürgerstiftung in Halle, die für Projekte Geld vergeben würde. Für Kinder einkommensschwacher Eltern wurde im vergangenen Jahr ein Sommerzeltlager für zehn Tage mit 40 Kindern durchgeführt, das auch in diesem Jahr

wieder stattfindet. Der dafür von der Bürgerinitiative Silberhöhe beantragte Fördermittelbetrag wurde abgelehnt.

Des Weiteren informierte Herr Schiller darüber, dass am 10.09.05 der „Tag des Vereins“ stattfindet, zu dem auch die Bürgerinitiativen eingeladen werden.

Frau Schlüter-Gerboth bezog sich in ihren Ausführungen u. a. auf einen Stadtratsbeschluss, wonach der Agendabericht jährlich vorgelegt werden sollte.

Herr Wehrich empfahl, in den Beschlussvorschlag eine Absichtserklärung aufzunehmen, wie die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger erfolgen soll.

Zu den Ausführungen von **Frau Wolff**, dass bereits in der vorhergehenden Wahlperiode zum „Klimaschutz macht Schule“ im Stadtrat regelmäßig diskutiert wurde, teilte **Frau Balleyer** mit, dass die Problematik von der Stadt beachtet wurde, es aber in der jetzigen Zeit der Schulentwicklung schwierig sei, die Lehrer zu motivieren. Zurzeit gäbe es in Halle nur zwei Schulen, die auf dem Gebiet des Klimaschutzes auch weiterhin tätig werden wollen.

Herr Wehrich sagte, dass der Agendabericht von der Partizipation lebe. Daher wäre es das Mindeste, eine Kurzfassung zu erstellen. Dabei sollten die Erfolge zusammengefasst und aufbereitet werden.

Im Zusammenhang mit dem zweiten Punkt des Beschlussvorschlages kündigte **Herr Wehrich** an, dass seine Fraktion im Stadtrat einen Änderungsantrag stellen werde, da die Formulierung zu unverbindlich sei.

Frau Wolff erwähnte, dass es zum Contracting und Beteiligungsmanagement im Stadtrat einen Antrag gegeben habe, wonach in den verschiedenen Fachausschüssen darüber berichtet werden solle.

Es erfolgte eine Diskussion darüber, in welchen Zeitabständen der Agendabericht im Stadtrat einzubringen ist. Dazu äußerten sich **Herr Dr. Yousif, Herr Dr. Rürup, Frau Chaghouri, Herr Doege, Frau Schlüter-Gerboth**.

Der von **Herrn Dr. Rürup** gestellte Änderungsantrag zum ersten Punkt des Beschlussvorschlages, den Bericht „Lokale Agenda 21 und Gesunde Stadt Halle“ aller vier Jahre vorzulegen, wurde mit

3 – Ja-Stimmen und
4 – Nein-Stimmen

abgelehnt.

Auf den Hinweis von **Herrn Schiller** eingehend, zur Aktivierung des gesamten Bürgerschaftswillens die Ortschaftsräte zu installieren, teilte **Herr Doege** mit, wenn Ortschaftsräte gebildet werden, sei dies unter Umständen ein Gremium, das einbezogen werden könnte. Er halte es aber für nicht zweckmäßig.

Abstimmungsergebnis:

Der Vorlage wurde mit

3 – Ja-Stimmen
1 – Nein-Stimme
3 – Stimmenthaltungen

zugestimmt.

zu 5 **Anfragen**

Protokoll:

Herr Misch ging auf die den Ausschussmitgliedern übergebene „Informationsbroschüre mit Sonderteil Wirtschaft und Gesundheit“ ein und bemängelte, dass einerseits im Grußwort der Oberbürgermeisterin von der Kulturhauptstadtwerbung gesprochen werde und zum anderen für die EWG Hansel Wohnungs-KG Werbung gemacht werde und die zwei städtischen Wohnungsgesellschaften überhaupt nicht erwähnt werden. Optisch werde der Eindruck erweckt, dass es sich um eine städtische Publikation handele und die Stadt allein für Herrn Merseille Werbung mache. Er wollte wissen, wie auf solche Publikationen Einfluss genommen werden könne.

Frau Chaghouri antwortete, dass die Broschüre von einem privaten Unternehmen herausgegeben wurde. Es obliege dem Unternehmen, bestimmte Anzeigen zu schalten.

Aufgrund der Diskussionsbeiträge von **Herrn Misch** und **Herrn Wehrich** äußerte **Frau Chaghouri**, dass die Stadt vor endgültigem Druck von Broschüren durch private Unternehmen der Druckentwurf besprochen werden sollte.

Frau Schlüter-Gerboth stellte drei Anfragen:

1. In der Merseburger Str. Ecke/Franz-Heil-Str. wurde ein Parkplatz fertig gestellt, der aber wegen einer fehlenden Schranke nicht genutzt werden kann. Sie möchte wissen, wann der Parkplatz für die öffentliche Nutzung freigegeben wird.

2. Sie erhielt von Bürgern aus den Gebieten Kröllwitz und Lettin Anrufe, die sich über die in ihren Grundstücken wiederholt herumlaufenden Rehe beschwerten. Aus der Sorge heraus, dass Rehe u. a. auch Zeckenträger seien, fragte sie, ob in den städtischen Außenbereichen die Einzäunung der Grundstücke so hoch erfolgen könne, dass ein hinüber Springen der Rehe nicht mehr möglich sei.

3. In der Gerberastraße seien Müllhäuser aufgestellt worden, die wie Müllschleusen aussehen würden.

Im Zusammenhang mit der Anfrage der SPD-Fraktion zur Arbeit der städtischen Politessen fragte **Herr Klaus**, ob es tatsächlich die originäre Aufgabe der Politessen sei, den ruhenden Verkehr zu überwachen. Ferner wollte Herr Klaus wissen, wie viel Mitarbeiter bei der Stadtaufsicht tätig sind.

Herr Doege antwortete und teilte u. a. mit, dass die Hauptaufgabe der Politessen sei, den ruhenden Verkehr zu überwachen. Er verwies auf die Beantwortung der SPD-Anfrage. In der Stadtaufsicht arbeiten sechs Mitarbeiter.

Herr Misch ist der Ansicht, dass die Stadtaufsicht personell aufgestockt werden müsse, wenn die Politessen nur für die Regulierung des ruhenden Verkehrs zuständig seien; denn das negative Erscheinungsbild von Ordnung und Sicherheit falle wesentlich stärker auf als ein nicht zulässigerweise abgestelltes Fahrzeug.

Herr Doege verwies auf die gesetzlich zugewiesenen Aufgaben für die Regulierung des ruhenden Verkehrs.

Herr Schiller teilte mit, dass in der E.-Weinert-Str. und W.-Bredel-Str. Grundstücke abgerissen worden seien und der Eigentümer, die WG „Frohe Zukunft“, Grünflächen errichtet habe, die mit Holzstämmen belegt seien, damit ein Begehen und Betreten verhindert werde. Der vor der Gartenanlage am Eierweg befindliche Parkplatz sei zurzeit verwildert. Der Eigentümer, die WG „Frohe Zukunft“, habe sich bereit erklärt, den Parkplatz in einem ordentlichen Zustand herzurichten und ihn dann gegen Entgelt für die Kleingärtner zur Verfügung zu stellen. Hierzu gäbe es allerdings keinen Konsens.

Herr Doege antwortete, dass die Stadt keine gesetzliche Grundlage habe, den Eigentümer zur kostenlosen Nutzung des Parkplatzes zu verpflichten. Die Stadt werde sich an die Wohnungsgesellschaft im Zusammenhang mit dem äußeren Erscheinungsbild wenden.

Herr Dr. Yousif wollte wissen, ob es schon erste Ergebnisse zur Feinstaubbelastung gäbe.

Herr Doege verwies darauf, dass bisher 35 Überschreitungen zu verzeichnen und erste Maßnahmen eingeleitet worden seien, u. a. Geschwindigkeitsreduzierung eines Teils der Merseburger Str. Der zu erstellende Aktionsplan wird in absehbarer Zeit fertig gestellt sein. Sobald Informationen vorliegen, werde der Ausschuss informiert.

Frau Krischock bat um Auskunft zu Standgenehmigungen und die dabei erzielten Einnahmen. Ihre Anfrage erhielt der GB III schriftlich in modifizierter Form. Nachfolgende Fragen sind von der Verwaltung (FB 32 und FB 66) zu beantworten:

- Wie viel Standgenehmigungen wurden 2004 erteilt?
- Welche Einnahmen wurden dabei erzielt, und in welcher Haushaltsstelle werden sie geführt?
- Gibt es für die Gebührenerhebung eine gesetzliche Grundlage?
- Gibt es unterschiedliche Gebühren, z. B. für gemeinnützige Vereine oder wirtschaftliche Unternehmen?

zu 6 **Beantwortung von Anfragen**

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 7 **Anregungen**

Protokoll:

Anregungen gab es nicht.

zu 8 **Mitteilungen - Information der Unteren Naturschutzbehörde zur Umsetzung der Baumschutzsatzung**

Protokoll:

Da die Information der Unteren Naturschutzbehörde zur Umsetzung der Baumschutzsatzung schriftlich vorlag, wurde entschieden, diese der Niederschrift als Anlage beizufügen.

Weil **Herr Doege** an der vorgesehenen Ausschusssitzung am 20.10.05 nicht teilnehmen kann, bat er um Verschiebung des Termins auf den **27.10.05**. Diesem Termin wurde zugestimmt.

Herr Doege informierte über eine bei der Polizeidirektion angemeldete Versammlung von einer Privatperson, die einen rechtsextremistischen Hintergrund habe. Von der PD wurde die Verwaltung davon unterrichtet. Die Demonstration sei am 17.06.05 von 20:00 – 22:00 Uhr angemeldet. Die sachliche Zuständigkeit liege bei der Polizeidirektion. Er selbst und Herr Dr. Müllers werden an dem Abend im Lagezentrum der Polizeidirektion sein.

Herr Misch wollte wissen, ob von der PD alle Vorkehrungen getroffen worden seien, die größere Ausschreitungen verhindern würden.

Herr Doege geht davon aus, dass entsprechende Maßnahmen vonseiten der PD festgelegt wurden.

Frau Wolff teilte mit, dass um 14:00 Uhr die Gedenkveranstaltung sei und danach die Tafel abgedeckt werde.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Dietmar Wehrich
Ausschussvorsitzender

Eberhard Doege
Beigeordneter

Gudrun Beitz
Protokollantin